

Protokoll:

Die Vorsitzende erteilt Werkleiter Mannheim das Wort.

Er führt aus, dass die wesentlichen Sachverhalte bereits in der schriftlichen Stellungnahme der Verwaltung erörtert wurden. Er ergänzt, dass durch die neu eingerichtete, aber noch nicht besetzte Stelle eines „Abfallkontrolleurs“ die Überwachung zwar verbessert werden kann, allerdings keine flächendeckende „Rund um die Uhr“ Kontrolle damit verbunden ist. Die Erwartungen dürfen hier nicht zu hoch sein. Er verweist weiter darauf, dass zur rechtlichen Absicherung entsprechende Regelungen in die derzeit in der Planung befindlichen Baumschutzsatzung aufzunehmen wären. Dazu müssen Abstimmungsgespräche mit Amt 66 und EB 67 geführt werden.

Die Vorsitzende fasst hier noch einmal zusammen, dass das Ablagern auf Baumscheiben gem. Stellungnahme der Verwaltung bereits heute schon untersagt ist, der Abfallkontrolleur sich u. a. diesem Thema widmen soll und geprüft wird, ob im Rahmen der geplanten Baumschutzsatzung hier weitere Vorkehrungen getroffen werden können. Allerdings legt sie Wert auf die Feststellung, dass das alles nur zum Ziel führt, wenn sich das Thema bei den Bürgerinnen und Bürgern im Kopf festsetzt und auch im Handeln widerspiegelt.

RM Bohlender regt an mehr Gelbe Tonnen aufzustellen um die Baumscheiben von Gelben Säcken zu entlasten. Dazu erläutert Werkleiter Mannheim, dass diese Anregung zeitlich verspätet ist. Über die Abstimmungserklärung mit dem Systembetreiber, in der solche Festlegungen getroffen werden können, hat der Ausschuss mehrfach beraten. Das System wird seit 1993 im Prinzip in gleicher Art und Weise, nämlich ganz überwiegend durch die Sacksammlung betrieben. Gemäß Beschluss zur letzten Abstimmungserklärung hat der Ausschuss weiter für die Fortführung dieses Systems gestimmt – lediglich die Stärke der einzusetzenden Gelben Säcke ist erhöht worden, so dass ab 2021 diese stärkeren Säcke verteilt werden. Herr Mannheim informiert weiter, dass den Bürgern bereits heute die Möglichkeit eingeräumt wird, über die Abstimmungserklärung hinaus, sich auf eigene Kosten DIN-gerechte Abfallgefäße zu beschaffen. Diese können dann auch durch die Fahrzeuge des Kommunalen Servicebetriebs geleert werden. Auf die nächste Möglichkeit hier Änderungen an der Abstimmungserklärung vorzunehmen, weist Werkleiter Mannheim hin; das ist frühestens in drei Jahren möglich, bevor die Verträge neu ausgeschrieben werden.

RM Knopp regt an mehr Aufklärungsarbeit zu betreiben und entsprechende Verbotsschilder aufzustellen. Dazu weist die Vorsitzende darauf hin, dass Schilder vermutlich schnell mit Säcken o. ä. zugestellt wären, so dass hier keine echte Verbesserung zu erwarten ist. Werkleiter Mannheim sieht das genauso und verweist auf entsprechende Erfahrungen bei der Graffiti-Bekämpfung.

Zur Nachfrage von RM Knopp, wann die Stelle des Abfallkontrolleurs besetzt sein wird, und wann damit zu rechnen ist, dass man die Erfolge seiner Tätigkeit sehen wird, erläutert die Vorsitzende, dass das Stellenbesetzungsverfahren derzeit läuft. Sie rechnet mit positiven Ergebnissen ca. ein Jahr, nachdem der Mitarbeiter mit seiner Arbeit begonnen hat.

Werkleiter Mannheim weist noch einmal ergänzend darauf hin, dass der Kommunale Servicebetrieb hier keine Zuständigkeit hat. Für wilde Abfallablagerungen ist originär das Umweltamt als untere Abfallbehörde zuständig. Er kann sich für den Kommunalen Servicebetrieb allerdings eine Art „Zwitterstellung“ vorstellen um selbst handlungsfähig zu werden. Dazu wären dem Betrieb ähnliche Befugnisse wie der unteren Abfallbehörde einzuräumen. Dann ist auch vorstellbar ein oder zwei zusätzliche Abfallkontrolleure zu beschäftigen. Werkleiter Mannheim ist auch der Auffassung, dass das grundsätzlich gebührenfähig ist und insoweit auch die entsprechenden Mittel hierfür im Wirtschaftsplan bereitgestellt werden können.

RM Dr. Schmidt-Wygasch bedankt sich für die Stellungnahme und die hierzu vorgetragenen Ausführungen. Sie ist optimistisch, dass durch die Arbeit des Abfallkontrolleurs Bürgerinnen und Bürger für das Thema sensibilisiert werden. Sie fragt nach, ob es Wirkung zeigt, wenn die Verwaltung im Nachgang von Beschwerden die Bürgerinnen und Bürger entsprechend informiere. Werkleiter Mannheim erläutert dazu, dass Beschwerden in erster Line aus der direkten Nachbarschaft an die Verwaltung herangetragen werden. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger zunächst über allgemeine Informationsschreiben auf den Sachverhalt hingewiesen. In einer zweiten Stufe werden, soweit zuzuordnen, einzelne Bürgerinnen und Bürger auch gezielt angeschrieben. Im Allgemeinen zeigt das schon Wirkung, allerdings nicht in Großwohnanlagen oder in besonderen Brennpunktbereichen.

Nach Auffassung von RM Kirsch haben wilde Ablagerungen und der Anteil der zum falschen Termin bereitgestellter Gelber Säcke in allen Stadtteilen extrem zugenommen. Er empfiehlt im Zuge regelmäßiger Kampagnen auf das Thema aufmerksam zu machen und zu informieren. Dabei sind auch verstärkt die sozialen Medien wie Facebook einzusetzen. Die Vorsitzende verdeutlicht, dass das bereits

immer wieder erfolgt ist. Allerdings ist sie aus ihrer Erfahrung heraus nicht sehr von der Wirkung überzeugt.

RM Altmaier hält zwar die Information über Presse, Facebook oder ähnliche Medien grundsätzlich für eine gute Sache. Allerdings berichtet er, dass er gerade in Bezug auf zu früh am Straßenrand bereitgestellte Gelbe Säcke immer wieder den Eindruck hat, dass es vielen Menschen egal ist. Ob die Säcke bei stürmischer Witterung z. B. verweht oder beschädigt werden, wird dabei billigend in Kauf genommen. Auch er hofft, dass der Abfallkontrolleur hier eine Besserung bewirken kann – hier sind nach seiner Auffassung auch Bußgelder zu verhängen.

Die Vorsitzende sagt zu, dass das Thema auch erneut im Abfallratgeber und in den Sozialen Medien in den Focus genommen wird. Sie bleibt aber dabei, dass sie hier keine große Wirkung erwartet.

RM Schupp regt an, den Abfallratgeber auch in andere Landesprachen zu übersetzen um mehr Menschen zu erreichen. Dazu erläutert Werkleiter Mannheim, dass der Betrieb bereits in der Vergangenheit Leitfäden zur Abfallentsorgung in fünf bis sechs Sprachen entwickelt hat und anbietet. Diese Broschüren wurden auch dem Sozialamt für ihre Berater zur Verfügung gestellt.

Die Vorsitzende verdeutlicht noch einmal, dass bei den Kursen, die z. B. von den Integrationshelfern und –stellen für geflüchtete Menschen angeboten werden, auch über die richtige Abfallentsorgung informiert wird.

RM Sommer erklärt, dass er die Nachbarschaft bei Problemen direkt persönlich anspricht und damit bisher guten Erfolg hat. Er ist außerdem der Auffassung, dass die in der Pfaffendorfer Höhe eingesetzten Kehrmaschinen zu groß dimensioniert sind. Nach seiner Einschätzung sind kleinere Kehrmaschinen effizienter und außerdem verweist er auf Paris, wo zeitlich befristete Parkverbote eingerichtet worden sind.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.